

Internationale Studie vergleicht Gesundheitssysteme von acht Ländern

Patienten wollen mehr Mitsprache

Bessere Information, freie Arzt- und Spitalwahl, mehr Mitsprache und Mitbestimmung bei der Wahl der Behandlung: Das sind die zentralen Bedürfnisse von Patientinnen und Patienten in Europa. Doch bis zu einem echten „Patient Empowerment“ ist es in den meisten Ländern noch ein weiter Weg. Eine neue Studie vergleicht Wunsch und Wirklichkeit in acht Ländern Europas.

Mit der technischen Entwicklung und der verbesserten Allgemeinbildung hat sich auch die Rolle der Patienten in den europäischen Ländern verändert. Vom passiven und abhängigen Empfänger einer medizinischen Behandlung entwickelt sich der Patient mehr und mehr zum aktiven, informierten und verantwortlichen Teilnehmer im Gesundheitswesen. Das stellt Ärzte und Pflegepersonal, aber auch die politischen Entscheidungsträger vor neue Herausforderungen.

Für eine Studie „The European patient of the future“ (siehe Kasten) untersuchten Wissenschaftler-Teams die Gesundheitssysteme und die Zufriedenheit von Bürgern und Patienten in acht Ländern: Deutschland, Italien, Spanien, Schweden, Grossbritannien, Polen, Slowenien und der Schweiz. Drei Viertel der befragten Bürger fanden, dass Patienten bei der Wahl möglicher Behandlungsformen einbezogen werden sollten. Im Gegensatz dazu bewertete nur ein Drittel der Befragten die Kommunikation zwischen Ärzten und Patienten als ausreichend, während sich 45 Prozent ungenügend über neue Behandlungsmöglichkeiten informiert fühlten. Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten bewerteten ihre Auswahlmöglichkeiten als mässig bis bescheiden.

«Wir sind Zeugen eines grundlegenden kulturellen Wandels», sagt Angela Coulter, CEO des Picker Institute Europe, unter deren Leitung die Studie durchgeführt wurde. «Die Menschen geben sich immer weniger mit der Rolle als passive Empfänger einer Behandlung zufrieden und fordern eine aktivere Rolle als Teilnehmer des Gesundheitssystems».

Unterschiedliche Verhältnisse ...

Kaum überraschend ist der Befund, dass die Schweiz von den untersuchten Ländern mit 3500 Euro (ca. 5250 Franken) pro Einwohner und Jahr die höchste Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit verbucht. Am tiefsten sind die Gesundheitsausgaben in Polen, wo man weniger als 500 Euro (ca. 750 Franken) pro Kopf und Jahr ausgibt. Was die Qualität angeht, gibt die Öffentlichkeit dem Schweizer Gesundheitssystem gute Noten. Ärzte und Spitäler sind frei wählbar, selbst alternative Behandlungsmethoden werden teilweise von der Grundversicherung übernommen. Über die Hälfte der Bevölkerung glaubt, dass die Gesundheitsversorgung in der Schweiz besser ist als überall sonst auf der Welt.

Anders in Polen, wo die Zufriedenheit mit den Ärzten wie auch mit der Auswahl an Behandlungsmöglichkeiten am geringsten ist. Aber auch in Italien sind 59 Prozent der Bevölkerung sehr oder ziemlich unzufrieden mit ihrem Gesundheitssystem. Alle untersuchten Länder ausser die Schweiz und Deutschland kennen Wartefristen, was bei schweren Krankheiten wie Krebs von vielen Patienten quasi als Todesurteil empfunden wird. In England werden die langen Wartefristen von Patienten als besonders frustrierend

erlebt. In Polen, Spanien und Italien ist es gang und gäbe, für medizinische Behandlungen weite Reisen in Kauf zu nehmen.

In vielen Ländern wird das Gesundheitssystem von den Versicherten als diskriminierend empfunden. Auch das helvetische Gesundheitssystem erhält punkto Fairness und Kosteneindämmung keine Bestnoten. Was die Kostenentwicklung angeht, scheint sich allgemeine Resignation breit zu machen. Niemand zweifelt ernsthaft daran, dass die Prämien für die Krankenversicherung weiter steigen werden. Dabei sind sie schon in den letzten Jahren derart stark angestiegen, dass sie auch für mittelständische Familien zur Belastung geworden sind. Ein Problem dabei sind die einkommensunabhängigen Kopfprämien, die nicht zuletzt Frauen und Familien benachteiligen. Ausserdem fürchten viele Versicherte eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Grund- und Privatversicherten. Vor allem für ältere Menschen sind Privatversicherungen zunehmend unerschwinglich geworden, so dass sich viele Versicherte im Alter auf die Grundversicherung zurückstufen lassen müssen.

... ähnliche Bedürfnisse

So unterschiedlich die Gesundheitssysteme und die Zufriedenheit der Bürger in den einzelnen Ländern sind, die Vorstellungen davon, wie ein optimales Gesundheitssystem auszusehen hätte, sind überall ähnlich. Die Bürger Europas sind sich bewusst, dass ihnen bei der Erhaltung ihrer Gesundheit, aber auch bei der Behandlung von Krankheiten und vor allem bei der Mitgestaltung des künftigen Gesundheitssystems mehr Verantwortung zugeteilt wird. Und die Mehrzahl der Menschen ist durchaus bereit, diese Verantwortung wahrzunehmen. Doch brauchen sie dazu die nötigen Mittel. „Patient Empowerment“ heisst das Zauberwort. Drei grundlegende Patientenbedürfnisse stehen im Vordergrund: Information, Mitbestimmung und die freie Wahl des Leistungserbringers.

Zugang zu verlässlichen Informationen

Bis heute ist in allen untersuchten Länder der Allgemeinmediziner die wichtigste Informationsquelle für Patienten, gefolgt vom Spezialisten. Weitere Quellen, die rasch an Popularität gewinnen, sind Telefon-Hotlines, Printmedien, Fernseher und das Internet. Die Bedeutung des Internet als Quelle für medizinische Informationen wächst rasch. Vor allem Frauen und von einem bestimmten Leiden Betroffene nutzen es für die Informationssuche.

„Der Haken ist daran, dass man als Laie die Verlässlichkeit der recherchierten Informationen kaum beurteilen kann“, sagt Jen Wang von Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich. „Deshalb landet man schliesslich immer wieder beim Arzt“. Und dort stösst man als informierter oder kritischer Patient durchaus nicht immer auf offene Ohren. Auch den Kostenträgern sind Medienberichte über neue Behandlungsmöglichkeiten oft ein Dorn im Auge, weil sie in ihren Augen die Nachfolge nach kostenspieligen Therapien ankurbeln. Die Folge der zurückhaltenden Informationsbereitschaft: Nur 43 Prozent der Befragten fühlen sich ausreichend über neue Behandlungsmöglichkeiten informiert. In der Schweiz, wo der Anteil der Zufriedenen am grössten ist, sind es 60 Prozent. In Deutschland sind es noch 44 Prozent, in Polen sogar nur 25 Prozent.

Mehr Mitsprache und Mitbestimmung

Die überwältigende Mehrheit der Bürger möchte aktiv in Therapieentscheidungen einbezogen werden. Am stärksten ausgeprägt ist dieses Bedürfnis in der Schweiz und in Deutschland, am schwächsten in Polen und Spanien. Tendenziell legen jüngere Menschen grösseren Wert

auf Mitbestimmung bei der Therapie, während ältere kein Problem damit haben, die Entscheidungen dem Arzt zu überlassen. In Sachen Mitbestimmung sind die Briten am zufriedensten mit ihren Ärzten. An zweiter Stelle liegt die Schweiz, indes, in allen untersuchten Ländern liegt der Anteil der Unzufriedenen bei mindestens 30 Prozent. In Deutschland beträgt er gar mehr als 60 Prozent.

In keinem Land findet auch nur die Hälfte der Befragten, dass Ihnen Ärzte und andere Leistungserbringer immer genügend Zeit und Aufmerksamkeit entgegen bringen, wenn es darum geht, dem Patienten zuzuhören oder Krankheitsursachen und Therapien zu erklären. Während in der Schweiz die kommunikativen Fähigkeiten der Ärzte und Pflegenden mit 87 Prozent mit den Prädikaten „gut“ oder „sehr gut“ am besten bewertet werden, schneiden die Leistungserbringer in Polen auch in diesem Punkt am schlechtesten ab.

Wahl des Leistungserbringers

Die überwältigende Mehrheit der Befragten in allen Ländern will ihren Arzt oder das Spital, in dem sie behandelt werden, frei wählen können. Doch ist die freie Arztwahl nicht viel wert, wenn man keine Informationen hat, die für eine vernünftige Wahl erforderlich sind. Insgesamt fühlt sich weniger als die Hälfte der Patienten ausreichend informiert, um eine Therapieform oder einen Leistungserbringer wählen zu können. In der Schweiz, wo eine freie Arztwahl Standard ist, fühlen sich nur 40 Prozent der Befragten ausreichend informiert. Eine Mehrzahl der Befragten in den acht Ländern wünscht sich die Publikation von Indikatoren, die die Beurteilung von Ärzten oder Spitalern erleichtern bzw. ermöglichen.

Bis alle Bedürfnisse der Patienten erfüllt sind, wird es noch einige Zeit dauern. Ein Grossteil der befragten EU-Bürger zeigt sich sogar eher pessimistisch, was die Zukunft ihres Gesundheitssystems angeht. Dabei scheint klar, dass das klassisch paternalistische Verhältnis zwischen Arzt und Patient endgültig ausgedient hat. „Die Regierungen wären gut beraten, ihre Bürger in Gesundheitsfragen ernst zu nehmen“, sagt Studienleiterin Angela Coulter. „Die Stärkung der Patienten wird eine fundamentale Rolle bei der Sicherung der europäischen Gesundheitssysteme spielen.“

Die Studie

Für die Studie „The European Patient of the Future“ wurden im Juli 2002 in jedem der acht untersuchten Länder rund 1000 repräsentativ ausgewählte Personen befragt. Ferner untersuchten nationale Wissenschaftlerteams verfügbare Literatur und diskutierten in Focus Groups mit 10 bis 15 Versicherten und Patienten bestimmte Szenarien und mögliche Entwicklungen im Gesundheitswesen. Die Untersuchungen in der Schweiz wurden von den Instituten für Sozial- und Präventivmedizin in Lausanne und Zürich durchgeführt. Die Studie wurde vom Picker Institute Europe realisiert und vom Pharmaunternehmen MSD unterstützt. „The European Patient of the Future“ wurde unter dem gleichen Titel als Buch Press Publiziert.

Angela Coulter, Helen Magee: „The European Patient of the Future“; Maidenhead, 2003; Open University Press; ISBN 0 335 21187 9.
Weitere Informationen: www.openup.co.uk.

Studie „Der Europäische Patient der Zukunft“

„Medizin muss Macht aufgeben“

Der Wille zur Eigenverantwortung ist beim Patienten auch kulturabhängig. Kurzinterview mit Jen Wang, Leiter des Deutschschweizer Teils der „European Patient“-Studie.

Die Schweiz hat das teuerste Gesundheitssystem, aber anscheinend auch das beste von allen untersuchten Ländern. Wo liegt das Problem?

Wang: Je mehr man für das Gesundheitssystem ausgibt, desto weniger Wartezeiten gibt es für die Patienten. Diesbezüglich hat die Schweiz tatsächlich sehr gut abgeschnitten. Schauen wir die Schweizer Daten an, sehen wir zwei Probleme. Zum einen die Kosten: Kann man sich das noch leisten, fragen Bürger und Politiker. Zum anderen der Überfluss: Bruchen wir wirklich so viele Ärzte, Spitäler und so viele Hightech-Geräte?

Bürger, Patienten und Versicherte fordern mehr Mitverantwortung und Mitbestimmung. Warum ist dieser Trend in der Schweiz stärker ausgeprägt als etwa in Polen oder Spanien?

Die Einstellung der Menschen gegenüber Information und Verantwortung ist sehr kultur- und systembedingt: Hierbei sehen wir in Europa eine starke Nord-Süd- und auch West-Ost-Spaltung. Sogar innerhalb der Schweiz gibt es diese Unterschiede zwischen Deutschschweiz, Romandie und Tessin. Beispielsweise in der Westschweiz: Hier stellt sich die Frage, ist das Angebot hier grösser, weil die Romands mehr konsumieren, oder ist es umgekehrt? Die Leute im Norden wollen eher weniger Leistungen konsumieren und Eigenverantwortung ist ihnen wichtiger.

Um ihre Verantwortung wahrnehmen zu können, brauchen die Bürger Entscheidungsgrundlagen. Die Informationen sind ihnen aber nur beschränkt zugänglich. Warum?

Wissen ist Macht, und die Medizin hat die Tradition, das Wissen für sich zu behalten. Bessere Ausbildung und Technik bewirken aber, dass die Medizin ihre traditionelle Macht aufgeben muss. Technologien wie das Internet machen Information immer demokratischer. Diese Entwicklung geht auch am Gesundheitswesen nicht vorbei.

Jen Wang ist Epidemiologe, hat einen MPH (Master of Public Health) und wirkt als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (ISPM). Jen Wang ist seit 1991 aktiv in der HIV-/AIDS-Forschung. Seit 1994 ist er am ISPM Mitarbeiter und Leiter mehrerer Forschungsprojekte des Bundes.